

Indien

Von BERNHARD PFISTER

Mahatma Gandhi feierte den 15. August 1947 mit Fasten. Tat er es aus Dankbarkeit und zu Ehren der Gottheit, die er verehrt und die ihn diesen Tag der Geburt des selbständigen Indiens erleben ließ? Aus Trauer, weil in den letzten Monaten und Tagen Zehntausende von Indern gemordet, Hunderttausende verletzt und vertrieben wurden im Bürgerkrieg der Hindus und Moslems? Aus Erbitterung, weil die Einheit Indiens seit dem 15. August 1947 zerbrochen ist? Wir kennen die Gründe nicht; man darf aber vielleicht annehmen, daß die drei genannten Motive den Achtundsiebzighjährigen in die Einsamkeit und Sammlung geführt haben, als die jubelnden Massen in ganz Indien das Ende der englischen Herrschaft festlich begingen. Denn auf dem Höhepunkt seines Kampfes und Erfolges gegen England sieht Gandhi, daß die Inder selbst in zwei große Lager zerfallen. Er, der große Nationalist, wollte ein Indien als einheitliches Reich, das vom Himalaya bis zur Südspitze des Landes, die weit in den Indischen Ozean hinausragt, alle Völker, Religionen, Stämme und Sprachen umfassen sollte. Solange England der Gegner war, gelang es Gandhis Persönlichkeit, immer wieder Hindus und Moslems in einer Front zu vereinen. Seine Versuche, die Bundesgenossen aus der Kampfzeit zu Bürgern eines freien Staates zu machen, sind gescheitert. Die führenden Hindu- und Moslemparteien waren für Trennung; die jüngere Generation der indischen Politiker unter Führung von Nehru und Jinnah entschied sich für Teilung und siegte gegen Gandhi. England hatte es den Indern freigestellt, ob sie Einheit oder Trennung wünschten.

Für England ist dieser 15. August einer der entscheidungsvollsten Tage seiner Kolonial- und Empiregeschichte. Ganz unabhängig davon, wie sich in den nächsten Jahren das Verhältnis von Indien und Pakistan zu England gestalten wird — der große Sprung, den die englische Politik aus Indien heraus machte, zeugt von staatsmännischer Klugheit und politischer Weitsicht. Dies Verdienst kommt auf englischer Seite sowohl dem englischen Ministerpräsidenten Attlee wie dem letzten englischen Vizekönig Lord Mountbatten zu. Politische Größe und Reife zeigt sich nicht nur in der Kunst, durch Mehrung oder Erhaltung des Besitzstandes Erfolge zu erzielen.

Für Europa ist dieses Zeitalter der Mehrung und Erhaltung des außer-europäischen Besitzes vorüber. In zwei selbstmörderischen Kriegen hat es seine Weltstellung politisch, staatlich und wirtschaftlich zerstört und muß nun die Auswirkungen vor allem auf seine nichteuropäischen Außenstellungen hinnehmen. In einer solchen Lage erfordert es besonderes Augenmaß und besondere Kühnheit, unhaltbare Positionen in Ehren aufzugeben, sich rechtzeitig und freiwillig zurückzuziehen und gerade dadurch sich neue Freunde zu schaffen. Die schöpferischen Augenblicke der englischen Politik insgesamt — sowohl in der Innen- als in der Außen- und Empirepolitik — waren immer jene, wenn englische Staatsmänner nicht mit dem Kopf durch die Wand

gingen, sondern in der Erkenntnis der Erfolglosigkeit der bisher verfolgten Methode und Zielsetzung eine volle Kehrtwendung vornahmen. Solche Beispiele sind: die Beendigung des Burenkrieges durch den Frieden von Vereeniging und die Union Act von 1909, der Friede mit Irland 1921 und der 15. August 1947.

Lord Falklands politisches Diktum: „Wenn es nicht notwendig ist, etwas zu ändern, dann ist es notwendig, es nicht zu ändern“, ist nur dann keine bequeme Floskel für Reaktionäre, die sich selbst schließlich aufheben, wenn man sich über die Notwendigkeit von Reformen grundsätzlich klar ist und gleichzeitig das Ausreifen von Situationen abwarten, bzw. auch beeinflussen kann, um zu diesen Reformen dann auch wirklich zu stehen. Es scheint eine geheime Korrespondenz zu bestehen zwischen der Echtheit und Aufrichtigkeit, mit der politische Reformen verkündet und angestrebt werden, und der Fähigkeit und der Nüchternheit, mit welcher der Zeitpunkt zur Verwirklichung der Programme und der Versprechungen gewählt und herbeigeführt wird. Ist die Welt wirklich so schief gebaut, daß politische, wirtschaftliche und soziale Ziele immer nur deswegen scheitern, weil die Widerstände zu groß, das „Böse“ zu mächtig ist? Oder versagt sich deswegen die Realisierung, weil die Entwürfe verkrampft und egoistisch und unwahrhaftig sind und weil sich die geschichtliche Welt nicht nur mit Katastrophen gegen den politischen und wirtschaftlichen Ungeist wehrt, sondern ihm vorher schon keine Chance zur Verwirklichung und Durchsetzung seiner „Ideen“ in größerem Ausmaß gewährt? Das geschichtliche Sein sichert und erhält sich vielfältig — aber es gibt jedem die Möglichkeit zur positiven und negativen Gestaltung. Die Echtheit und die Unechtheit politischer Ideen und Ziele wird — zwar nicht immer — von den Erfindern und Trägern, und Verkündern dieser Ideen und Ziele selbst ausprobiert und erfahren. Es gehört zur Freiheit des menschlichen Geistes, daß er auch im politischen Raum nicht nur echt und unecht denken, sondern auch die „geschichtliche Stunde“ herbeiführen, aber freilich auch verfehlen kann. Sollen aber die Träger und Verkünder echter und wahrer politischer Ideen und Ziele (auch wirtschaftlicher und sozialer) nicht auch — wenn auch nicht immer — die geschichtliche Stunde ihrer Ideen und Ziele wahrnehmen können? Es ist eines der Geheimnisse der englischen Staatskunst, daß in der Geschichte Englands und des Empire diese Einheit von Idee und Ziel einerseits und der Kraft und Fähigkeit zu ihrer Verwirklichung andererseits in ganz anderem Ausmaß vorhanden und ausgebildet ist als in dem von einseitigen oder chaotischen Willenskräften geleiteten und zersetzten politischen Denken der verantwortlichen Staatsmänner seit Generationen in Deutschland.

Der erste Weltkrieg hinterließ England als Aufgabe, das Verhältnis des Mutterlandes mit den fast ausschließlich von Weißen bewohnten „Dominions“ — Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika — neu zu ordnen¹.

¹ Neufundland hat ebenfalls Dominion-Status, mußte diesen aber 1934 bis zur Gegenwart aussetzen, als es in finanziellen Schwierigkeiten vom Mutterland unterstützt werden mußte. Es sind Bestrebungen im Gange, Neufundland an Kanada anzuschließen.

Auf der Imperial War Conference 1917 war beschlossen worden, daß nach Kriegsende eine besondere Reichskonferenz sich mit dem Verfassungsaufbau des Empire befassen solle. In den für die Nachkriegskonferenz beschlossenen Richtlinien heißt es, daß jegliche Verfassungsänderung unter voller Anerkennung aller bisherigen Rechte der Selbstregierung und der vollständigen Kontrolle der heimischen Angelegenheiten ausgehen soll von der vollen Anerkennung der Dominions als selbständiger Nationen eines „Imperial Commonwealth“ und von der Anerkennung Indiens als eines wichtigen Bestandteiles dieses Reiches. Sie sollte ferner das Recht der Dominions und Indiens auf eine entsprechende Stimme in der Außenpolitik anerkennen und wirk-same Maßnahmen für eine laufende Beratung in allen Reichsangelegenheiten sowie für solches gemeinsames Handeln, wie sie mehrere Dominionregierungen nach Fühlungnahme für notwendig halten, schaffen. Einer der führenden Köpfe im Imperial War Cabinet war der südafrikanische Minister Smuts, der mit wichtigsten militärischen und politischen Sonderaufgaben betraut wurde.

Noch wichtiger wurde aber die Erklärung des Staatssekretärs für Indien, Edwin Montagu, vom 20. Juni 1917 im Unterhaus, in der es heißt: „Die Politik der Regierung Seiner Majestät, mit der die Regierung in Indien in vollkommener Übereinstimmung ist, besteht in steigender Verwendung von Indern in jedem Zweige der Verwaltung und in der schrittweisen Entwicklung von Institutionen der Selbstregierung unter dem Gesichtspunkt der fortschreitenden Verwirklichung einer verantwortlichen Regierung in Indien als eines integralen Teiles des Britischen Empire.“²

Auf der Pariser Friedenskonferenz waren Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika und Indien vertreten. Sie nahmen z. T. auch an Ausschußsitzungen teil, unterzeichneten den Versailler Vertrag und wurden Mitglieder des Völkerbundes. Sie waren international selbständig aufgetreten: Waren sie also nicht unter sich und mit dem Vereinigten Königreich gleichberechtigt? Indien nahm eine Sonderstellung ein: Es war Mitglied des Völkerbundes, wurde als eines der — rein zahlenmäßig — bedeutendsten gewerblichen Länder in den Hauptausschuß des Internationalen Arbeitsamtes entsandt. Indien stand zwischen Kolonie und Dominion. Es war längst nicht mehr Kolonie; einen Staatssekretär für Indien, d. h. ein selbständiges Ministerium gab es in London seit 1857. Aber es war auch noch nicht auf dem geraden Wege zum Dominion.

Bei den Dominions ging der Prozeß der Entwicklung zur vollständigen inneren und äußeren Unabhängigkeit vom englischen Parlament und von der Londoner Regierung weiter. In echt englischer Weise ließ man sich diese Entwicklung erst bis zu einer gewissen Ausreifung vollziehen, ehe man sie in Artikeln und Abmachungen festzulegen suchte. London stimmte zu, daß

² Speeches and Documents on Indian Policy 1750—1921, edited by A. B. Keith, 1922, vol. II, p. 133. Auf dieses unentbehrliche Quellenwerk sei mit Nachdruck verwiesen. Es ist nur zu wünschen, daß es bis 1947 fortgesetzt wird.

z. B. Kanada 1920 einen eigenen Gesandten nach Washington schickte; die anderen folgten mit der Errichtung eigener Auslandsvertretungen nach. 1923 kam man überein, daß die Dominions mit anderen Staaten Verträge abschließen können auch ohne förmliche Teilnahme eines Vertreters des Londoner Außenministeriums. Bald kam eines der wichtigsten Probleme zur Verhandlung und Entscheidung: Wenn die Dominions mit dem Mutterland gleichberechtigt und gleich sind, dann muß sich diese „equality of status“ auch durchsetzen und zeigen bei der Frage: Wer bestimmt den Vertreter des Königs, den Governor-General, in den einzelnen Dominions? England hatte bislang angesehene englische Staatsmänner, aber auch Verwandte des englischen Königshauses, seltener bekannte Generäle und Admiräle auf diese sehr wichtigen Londoner Außenposten geschickt. In dem Maße, als die Dominions nicht nur ihre eigenen, sondern auch ihre äußeren Angelegenheiten selbst in die Hand nahmen und verwalteten, wurde die Besetzung des Postens des Generalgouverneurs auch eine Angelegenheit des Dominions selbst. Denn wie kann der englische Ministerpräsident oder der Dominionminister in London dem englischen König eine Liste der Kandidaten vorlegen, wenn es in den Dominions absolut gleichberechtigte Ministerpräsidenten gibt, die von keinem englischen Minister Weisungen oder Entscheidungen entgegenzunehmen haben? Es wurden also in steigendem Maße „Einheimische“, also Australier und Südafrikaner selbst — Kanada und Neuseeland haben nach unserer Kenntnis noch keinen Kanadier bzw. Neuseeländer bislang vorgeschlagen — als Vertreter des Königs zu Generalgouverneuren in ihrer Heimat erkoren. Lord Byng war der letzte von London entsandte Generalgouverneur, der sich persönlich in die innere Politik eines Dominions — in diesem Falle war es Kanada — einschaltete. Sir Alfred Isaacs (Australier) war der erste „heimische“ Generalgouverneur.

Dieses und viele andere Probleme ergaben sich für den Balfour-Ausschuß, der sich auftragsgemäß mit den Fragen des „Dominion status“ befaßte. Lord Balfour, Staatsmann und Philosoph, ist der Inspirator jener berühmten Formel, in der auf der Reichskonferenz 1926 versucht wurde, die Stellung und wechselseitigen Beziehungen des Vereinigten Königreiches und der Dominions zu erklären und zu regeln. Die Formel lautet: Die Dominions sind „autonome Staaten innerhalb des Britischen Empire, gleichberechtigt, in keiner Weise irgendwie in ihren inneren oder äußeren Angelegenheiten einander untergeordnet, wenn auch verbunden durch eine gemeinsame Treuverpflichtung gegenüber der Krone, und frei zusammengeschlossen als Mitglieder des Britischen Reiches“³.

Diese sehr gute, tiefsinnige und dehnbare Umschreibung galt es nun, in die härtere Praxis der Satzung und der Paragraphen umzusetzen. Die gesamten

³ „They are autonomous Communities within the British Empire, equal in status, in no way subordinate one to another in any respect of their domestic or external affairs, though united by a common allegiance to the Crown and freely associated as members of the British Commonwealth of Nations“.

Verfassungsfragen wurden auf der Reichskonferenz 1930 beraten. Ihr Ergebnis ist das Westminster Statut von 1931, das die absolute Gleichstellung der Dominionparlamente mit dem englischen Parlamente endgültig festlegt, nachdem sich diese in der Praxis spätestens seit dem Ende des ersten Weltkrieges bereits herausgebildet hatte: „Kein Gesetz, das von nun an im Parlamente des Vereinigten Königreiches erlassen wird, soll für eines der Dominions als Bestandteil der Dominion-Gesetze gelten, es sei denn, daß es auf Veranlassung oder mit Zustimmung des betreffenden Dominions erlassen wird.“ Ferner wird festgelegt, daß kein Gesetz, keine Verfügung in einem Dominion deswegen ungültig wird, weil sie einem Gesetze in England oder irgendwelchen künftigen Gesetzen, Verordnungen oder Verfügungen des englischen Parlaments widerspricht⁴.

Die Gleichberechtigung, d. h. die Selbstregierung, Selbstverantwortung ist vollständig: Die Dominion-Gesetze können auch „repugnant to the law of England“ sein. Aber es heißt nicht: „repugnant to the common law“, auch nicht „to the imperial statute“. Es besteht Einigkeit, daß man uneinig sein kann — wobei vorausgesetzt wird, daß die Bande des Blutes, des Geistes, der Idee und des Interesses zusammen so stark sind, daß England und die Dominions sich immer auf einer gemeinsamen ideologischen, rechtlichen und politischen Basis grundsätzlich treffen können und treffen werden.

Ist aber die „gemeinsame Treuverpflichtung gegenüber der Krone“ nicht eine Erbschaft aus der Zeit der Abhängigkeit vom englischen Parlament? Gehört nicht zur vollständigen Unabhängigkeit, zur absoluten Souveränität auch die Entscheidung darüber, ob man die „Krone“ noch anerkennt und ob man überhaupt die grundsätzliche Freiheit hat, aus dem Empire auszutreten? Neben den Iren — die sich in der ganzen Frage der Eidesleistung auf den König am weitesten verselbständigt haben, seit De Valera diese zuerst für Minister und Abgeordnete abgeschafft hat — haben vor allem südafrikanische Politiker schon vor über zwanzig Jahren diese Frage aufgeworfen. Der damalige südafrikanische Premierminister Hertzog vertrat den Standpunkt, den der südafrikanische Außenminister Bodenstein so formulierte: „Südafrika kann jederzeit aus dem Empire austreten, sogar ohne jede Voranzeige.“ Hertzog war zur Reichskonferenz 1930 nach London gefahren, um vor allem diese Frage zu klären. Zu seiner Überraschung — wahrscheinlich — wurde er zum Vorsitzenden dieser Reichskonferenz gemacht und konnte sich infolgedessen nicht so als grundsätzlicher Sprecher der Austrittstheoretiker bewegen. Es widerspricht auch ganz der englischen politischen Erfahrung und staatsrechtlichen Verfahrensweise, sich in solchen Fragen schriftlich festzulegen. Es besteht aber Einmütigkeit darüber, daß ein Dominion aus dem Reichsverband austreten kann, wenn es das wünscht. Warum sollte England Australien und die anderen zurückhalten wollen und mit welchen Mitteln? Aber

⁴ Das „Statute of Westminster, 1931“ ist abgedruckt in: *The British Empire. A Report on its Structure and Problems by a Study Group of Members of the Royal Institute of International Affairs, Oxford 1937, p. 324—326.*

welcher Grund besteht für Südafrika oder Kanada sich aus dem Schutzverband des Empire zu entfernen? Grundsätzlich jedoch hat ein Dominion das unausgesprochene Recht, sich durch Lösung der Treuverpflichtung gegenüber der Krone aus dem Empire zu entfernen. In diesem Übergang befindet sich seit über einem Jahrzehnt der Irische Freistaat.

Fügen wir noch hinzu, daß seit der Reichskonferenz 1926 der Generalgouverneur aus dem Vertreter und Beauftragten der englischen Regierung sich in einen persönlichen Vertreter des Königs wandelte und gleichsam als stellvertretender konstitutioneller Monarch nach dem Rate der Minister in dem jeweiligen Dominion handelt; daß ferner seit dem Westminster Statut 1931 die völlige Rechtshoheit der Dominions hergestellt ist: die höchste Berufungsinstanz ist in den einzelnen Dominions nicht mehr „the King in Council“, sondern der jeweilige höchste Dominion-Gerichtshof (mit einigen Ausnahmen).

Die Selbständigkeit der Dominions zeigte sich im September 1939, als jedes der einzelnen Dominion-Parlamente durch Abstimmung beschloß, den Krieg an Deutschland zu erklären. Jedes Dominion-Parlament hätte sich auch mit Mehrheit gegen eine Kriegserklärung aussprechen können und hätte sich neutral verhalten können wie Irland.

Mit dieser kurzen Kennzeichnung der Entwicklung zum ausgereiften Dominion — sie setzte auf handelspolitischem Gebiete schon Jahrzehnte vor 1914 ein — ist gleichzeitig auch die Stellung charakterisiert, in der sich seit dem 15. August 1947 Indien innerhalb des Empire befindet.

Der äußere Szenenwechsel spiegelt sich auf der Londoner Seite am stärksten in folgendem wider:

1. Der Titel des Königs: „By the Grace of God of Great Britain, Ireland and the British Dominions beyond the Seas King, Defender of the Faith, Emperor of India“ ist nun um den letzten Beisatz gekürzt.

2. Die englische Regierung ist in Indien nicht mehr politisch vertreten, sondern nur „diplomatisch“ beim neuen Dominion India und beim neuen Dominion Pakistan. Der Vizekönig Mountbatten wurde Governor-General beim Dominion India. Der letzte Staatssekretär für Indien löste am 15. August das Indien-Ministerium in London auf. Die englischen Beamten scheiden aus den indischen Diensten aus, soweit sie nicht ausdrücklich von den neuen Herren gebeten werden, weiter im Dienste eines der Dominion zu bleiben. Die englischen Truppen werden aus ganz Indien zurückgezogen; sie sind nicht mehr für Ruhe und Ordnung verantwortlich. Die indische Armee wurde geteilt. Auf indische Bitten hin hat Mountbatten den Vorsitz im gemeinsamen Verteidigungsrat übernommen und auf Bitten von Nehru und Jinnah übernahm auch je ein englischer General den Oberbefehl der Dominion-Armeen von India und Pakistan.

Für Indien aber ist die Verfassungsänderung vom 15. August ein Einschnitt von unübersehbarer Tragweite, sowohl für die Inder selbst wie für ganz Asien. Die Tatsachen sind:

1. Indien ist geteilt; vorläufig sind es vier Teile⁵:

a) India, das überwiegend von Hindus bewohnte Kernland unter Ministerpräsident Pandit Nehru, dem Führer der Kongreßpartei. Sie forderten Mountbatten auf, in ihrem Staate den Posten des Generalgouverneurs zu übernehmen; Mountbatten hat das angetragene Amt übernommen, aber in seiner Einführungsansprache gebeten, im April nächsten Jahres das Amt zur Verfügung stellen zu können, auf daß es dann ein Inder übernehme.

b) Pakistan, in zwei Hälften getrennt: im Nordwesten und im Osten die Provinzen und Landschaften mit überwiegend mohammedanischer Bevölkerung, unter dem Generalgouverneur Jinnah, dem langjährigen und erfolgreichen Führer der Moslem-Liga.

c) Der Fürstenstaat Hyderabad — der Nizam von Hyderabad gilt als der reichste Mann der Welt — ist bis jetzt inmitten von India selbständig geblieben.

d) Der Fürstenstaat Kaschmir im Nordwesten — überwiegend von Mohammedanern bewohnt, während das Fürstenhaus hinduistisch ist — blieb bislang ebenfalls selbständig.

2. Indien und Pakistan arbeiten ihre neuen Verfassungen aus und haben Zeit und Gelegenheit, darüber zu verhandeln und zu beschließen, wann und ob sie den Dominion-Status ablegen wollen, indem sie ihren Austritt aus dem Empire durch Parlamentsbeschluß erklären.

England zieht sich also so weit aus Indien zurück, als es die beiden Dominions wünschen. Alle Engländer, die noch weiter irgendwie in öffentlichen Stellungen tätig sind, bleiben nur auf Bitten und Veranlassung der neuen Dominions, die um viele ausgezeichnete englische Verwaltungsbeamte und Militärs froh sind. Man kann sagen, daß seit Jahrzehnten das Ansehen Englands nicht mehr so hoch war wie gerade jetzt, da es Indien ohne Vorbehalt räumt und Grenzen in Indien von Indern selbst neu gezogen werden.

Für die Zukunft ganz Indiens wird es entscheidend sein, wie tief und hoch die Grenzen zwischen Pakistan und India gegraben und errichtet werden. Es besteht die sehr große Gefahr, daß die Gegensätze Pakistan—India (gleich: Moslem—Hindus) sich weiter staatspolitisch, außenpolitisch, wirtschaftspolitisch vergrößern und verhärten, und daß die üblichen Begleiterscheinungen der übersteigerten europäischen Nationalstaatenbildung sich in Asien entsprechend den dortigen Verhältnissen und Bedingungen wiederholen. Aber vielleicht können Nehru und Jinnah und ihre Minister in den ersten Monaten der Trennung doch auch gangbare Wege der Zusammenarbeit finden — ehe der blutige Bürgerkrieg der Sikhs, Hindus und Moslems im Punjab (Mittelpunkt Lahore) den Festesglanz des 15. August endgültig verdunkelt.

Nun bedeutet aber die Teilung Indiens in die beiden Dominions und die zwei noch selbständigen Fürstenstaaten gleichzeitig auch eine große binnen-

⁵ Die beiden kleineren Staaten, die sich am 15. August noch nicht entschieden hatten, wann und wem sie sich anschließen sollten, übergehen wir hier; am 24. August schloß sich bereits der eine Staat Kolhapur (8 332 qkm mit 1,1 Mill. Einwohnern) India an.

staatliche Flurbereinigung — ähnlich wie sie Napoleon I. für Deutschland durch den Reichsdeputationshauptschluß von 1806 herbeiführte. Denn Indien war unter der englischen Herrschaft nach außen wohl eine Einheit, nach innen aber zerfiel es in zwei große Gruppen, die zudem räumlich noch sehr zersplittert waren: Es zerfiel in das eigentliche Britisch-Indien und in das fürstliche Indien, das 562 Staaten und Herrschaften („states and agencies“) zählte.

Über Britisch-Indien und das Fürsten-Indien wölbte sich die Autorität des Vizekönigs. In den Provinzen von Britisch-Indien regierten die englischen Gouverneure als Nachfolger der alten Englisch-Ostindischen Handelsgesellschaft, bis seit der India Act 1935 verantwortliche Minister eine in bestimmten Angelegenheiten selbständige, in anderen Angelegenheiten (Außenpolitik, Finanz, Verteidigung) dagegen nicht zuständige Regierung bildeten. Die Fürstenstaaten wurden bis 15. August 1947 alle in sehr autokratischer, nicht selten auch guter Weise, mit oder auch ohne die Fassade einer „Legislative Assembly“ regiert. England war an den Fürstenhöfen durch einen „Resident“ vertreten, dessen Aufgabe es war, die Fürsten, ihre Minister und Ratgeber zu einer fortschrittlichen oder reformfreudigen Innenpolitik zu veranlassen, ihre herrscherlichen und persönlichen Ansprüche zu dämpfen und zu überwachen. Ein Fürst, der sich z. B. finanziell übernahm, konnte seines Thrones verlustig gehen. In den Fürstenstaaten bedeutete sowohl die Kongreßpartei wie auch die Moslemliga gar nichts; sie waren zumeist, wenn auch nicht überall, verboten. Indem England diese 562 Staaten und Herrschaften stützte, erhielt es und pflegte es ein sehr starkes Gegengewicht zu den demokratischen und revolutionären Kräften der hinduistischen und mohammedanischen Volksbewegungen und Organisationen. Gewiß waren die Unterschiede in Größe, Rang, Macht und Reichtum der einzelnen Fürsten und Staaten sehr groß, wie die Skala der Salutschüsse von 7—28 Schüssen deutlich anzeigt. Aber sie waren nach außen alle entmachtet und konnten auch untereinander erst als politische Gruppe etwas stärkeren Einfluß gewinnen, als ab 1922 die „Chamber of Princes“ gebildet wurde, die sich zu einiger Bedeutung als willkommenes Organ der indischen Willensäußerung gegenüber der Kongreßpartei und der Moslemliga entwickeln konnte.

Nicht lange vor Kriegsausbruch 1939 hatte Gandhi eine längere Fastenzeit begonnen, um zu erreichen, daß seine Partei in einem Fürstenstaate zugelassen würde, daß freie Ein- und Auswanderung nach und aus diesem Staate gewährt würde, daß eine säuberliche Trennung zwischen den persönlichen Ausgaben des Fürsten und den allgemeinen staatlichen Ausgaben erfolge, und daß die aus allgemeinen Steuermitteln getragenen persönlichen Ausgaben des Herrschers einen bestimmten Prozentsatz der gesamten Staatsausgaben und eine gewisse absolute Höhe nicht überschreiten. Gandhis Forderungen kennzeichnen sehr gut den Unterschied zwischen dem eigentlichen britischen Indien und den Fürstenstaaten. Aber es sei nochmals betont, daß dieser scharfe Gegensatz innerhalb Indiens sich nach außen nicht auswirken

konnte, da über allen der Kaiser von Indien und sein Vertreter, der Vizekönig von Indien, stand.

Vergegenwärtigen wir uns noch zahlenmäßig die Größe Indiens und der beiden großen Gruppen vor der Teilung 1947. Ganz Indien hat eine Größe von 4 675 616 qkm mit einer Bevölkerung von 388 997 955 (Zählung vom 1. März 1941) gegenüber 338 119 154 nach der Zählung vom 24. Februar 1931⁶. Davon entfielen auf:

	Flächeninhalt qkm	1941	Einwohner 1931
Britisch-Indien	2 834 120	295 808 722	256 757 818
Fürstentümer	1 841 496	93 189 233	81 361 336

Dieses Fürsten-Indien ist seit 15. August in die beiden Dominions abgegangen, von den wenigen oben erwähnten Ausnahmen abgesehen. Mit dem Abzug der Engländer sinkt das von innen ausgehöhlte und nur noch äußerlich gestützte monarchische Prinzip in Indien zusammen. Die Fürsten waren längst keine „Könige“, keine „Herrscher“ mehr, sondern entmachtete „Potentaten“ und „Würdenträger“.

Volksführer lösen gleichzeitig England und Fürsten ab.

Wem fielen da angesichts dieser weitreichenden Vorgänge nicht jene Sätze ein, die Lord Macaulay im englischen Parlament 1833 sprach, als er das Schulgesetz, das für die höheren Schulen Englisch als Unterrichtssprache vorsah, befürwortete: „Es mag sein, daß die öffentliche Meinung Indiens unter unserem System sich ausweitete, bis sie derselben entwachsen ist; daß wir bei guter Regierung unsere Untertanen zur Fähigkeit besserer Regierung erziehen; daß sie in der Zukunft europäische Institutionen verlangen, da wir ihnen europäische Kenntnisse beigebracht haben. Ich weiß nicht, ob ein solcher Tag je kommen wird. Aber ich will niemals versuchen, ihn abzuwenden oder zu verzögern. Wann immer er kommt, er wird der stolzeste Tag in der englischen Geschichte sein. Es wäre wahrhaftig ein Ruhmestitel für ganz

⁶ Die Volkszählung von 1941 ergab folgende Religionszugehörigkeit:

Hindus	255 030 506 = 65,5 %
Moslems	94 389 428 = 24,3 %
Christen	6 316 549 = 1,6 %
Sikhs	5 691 447 = 1,5 %
Jains	1 449 286
Parsen	114 890
Buddhisten	232 003
Juden	22 480
heidnische Stämme u. a.	25 851 366

Der Census 1931, der noch Burma mitzählte, verzeichnet insgesamt 240 Sprachen, die damals in Indien von 350,6 Millionen Menschen gesprochen wurden. Ziehen wir hiervon 20 europäische Sprachen mit 0,3 Millionen und 17 nicht-indische asiatische und afrikanische Sprachen mit 0,3 Millionen Menschen ab, so bleiben 203 Sprachen; davon entfielen 30 mit 257,5 Millionen Menschen auf die „arische“ Gruppe, 15 mit 70 Millionen auf die drawidische Sprachengruppe, 122 auf die tibetisch-chinesische Sprachengruppe mit 14 Millionen Menschen, der Rest auf andere. In der „arischen“ Gruppe ist Hindustani mit 121,2 und Bengali mit 53,5 Millionen Menschen am stärksten vertreten.

England, wenn wir ein großes Volk, das wir in den tiefsten Tiefen der Sklaverei und des Aberglaubens fanden, so regiert hätten, daß es nach den Vorrechten der Bürger verlangt und zu ihrer Ausübung auch fähig ist.“⁷

Dieser „stolzeste Tag der englischen Geschichte“ war der 15. August 1947. Er wurde heraufgeführt vor allem auch durch jenes Schulgesetz, das Englisch in den höheren Schulen als allgemeine Unterrichtssprache einführt und damit weiten Kreisen der indischen Jugend die westliche Kultur und Zivilisation erschloß. Als Macauley um seinen Rat vor der Schulkommission in Indien gefragt wurde, standen Sanskrit, Arabisch und Englisch als Unterrichtssprache in den höheren Schulen zur Diskussion. Sanskrit war eine tote Sprache, Arabisch eine fremde Sprache; Englisch auch eine fremde Sprache. Niemand kam auf den Gedanken, die Volkssprachen: Hindi, Bengali, Urdu u. a. vorzuschlagen. So wurde Englisch die „lingua franca“ Indiens, und es war Gandhi, der 1916 bei der Eröffnung der Universität Benares — wenn die Erinnerung nicht täuscht — darauf hinwies, daß die Inder, um sich untereinander zu verständigen, sich der Sprache des Eroberers bedienen müßten.

Die englische Sprache war geradezu eine Voraussetzung für das Erwachen des selbständigen indischen politischen Wollens, Strebens und Könnens. Sie vermittelte vor allem die angelsächsischen politischen Theorien von John Locke bis zur Atlantic Charter, von der allerdings schon bald nach ihrer Verkündigung gesagt wurde, sie habe keine Gültigkeit für Indien.

Wir brauchen nur die Kernsätze aus der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung mit denen des Programmes der Kongreßpartei zu vergleichen, und wir sehen sofort, wie gut Amerikaner und Inder die in erster Linie aus England stammenden politischen freiheitlichen Ideen zur Erringung der eigenen politischen und staatlichen Selbständigkeit verwandten. In der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung heißt es: „Wir halten folgende Wahrheiten für selbstverständlich: Alle Menschen sind gleich geschaffen. Sie sind von ihrem Schöpfer mit gewissen unabdingbaren Rechten ausgestattet; um diese Rechte zu sichern, sind Regierungen unter den Menschen eingerichtet, die ihre gerechte Macht von der Zustimmung der Regierten ableiten. Es ist das Recht des Volkes, eine Regierungsform, wann immer sie für diese Ziele hinderlich wird, zu ändern oder abzuschaffen.“

Die Kongreßpartei legte fest: „Wir glauben, daß es unabdingbares Recht des indischen Volkes ist, frei zu sein, die Früchte der eigenen Anstrengungen zu genießen und die Notwendigkeiten des Lebens zu besitzen, so daß es alle Möglichkeiten zum Gedeihen hat. Wir glauben ferner, daß, wenn eine Regierung ein Volk um diese Rechte bringt und es unterdrückt, das Volk das weitere Recht hat, die Regierung zu ändern oder abzuschaffen.“

Der revolutionäre Schwung und die revolutionierende Taktik der indischen Intellektuellen aber kamen vielfach aus dem Studium von Mazzini, des „risorgimento“, der französischen Revolution, der Lehren Kossuths, der

⁷ A. B. Keith, *Speeches and Documents on Indian Policy* (1922) vol. I, p. 265.

irischen Boykottaktik, der Geheimorganisationen der russischen Nihilisten⁸, nicht minder wie aus der Lektüre Miltons, der Reden Gladstones, der Werke Tolstojs und der Bergpredigt.

Alle diese aus Europa und Amerika zusammen mit den Erfahrungswissenschaften anflutenden Ideen und Ideologien, Techniken und Praktiken erzeugten eine „indische Aufklärung“, die sich in erster Linie gegen den englischen Herrn und in zweiter Linie gegen das erdrückende, erstarrte Sozialsystem des Hinduismus wandte.

England räumt in nüchterner Würdigung der Lage das Land. Das hinduistische Sozialsystem, gipfelnd im Kastenwesen, ist erschüttert: durch die Maschine, durch die neuen weltwirtschaftlichen Güter — Tee, Kaffee, Baumwolle brachten die Engländer nach Indien —, durch das moderne indische Heer. Gandhi fastete wiederholt, um seinen Anhängern und allen Indern die unerhörte Lage der „Untouchables“, der „Unberührbaren“, der untersten Kaste ins Gewissen zu hämmern. Sein und aller anderen Erfolg ist groß: seit 1. Mai 1947 ist die Kaste der „Unberührbaren“ aufgehoben, wenn es auch noch längere Zeit dauern wird, bis die rund 50 Millionen „Unberührbaren“ von den Hindus selbst allgemein als gleichberechtigt anerkannt sind. Eine 1933 in die damalige „Gesetzgebende Versammlung“ eingebrachte Gesetzesvorlage, den „Unberührbaren“ den Eintritt in die Tempel zu gestatten, mußte damals wegen der sehr starken Opposition, vor allem wohl auch aus Kreisen der Brahmanen, zurückgezogen werden. Bisher gab es für die „Unberührbaren“ grundsätzlich nur einen Weg, sich aus der sozialen und wirtschaftlichen Haft zu befreien — wenn auch mancherorts die strengen Fesseln sich schon gelockert hatten, und zwar nicht nur im Heer oder in der Fabrik — nämlich: Übertritt zum Christentum oder zum Islam⁹.

Grundsatz der englischen Politik war es, seit Warren Hastings 1774 als erster Generalgouverneur die Verwaltung von Madras und Bombay übernahm, daß die alten Gesetze und Gebräuche der Hindus und Mohammedaner unangetastet blieben, und daß deren Autorität die Autorität der englischen Regierung und Verwaltung nur stärken und decken könne. Aber die strenge Durchführung dieses Grundsatzes hätte bedeutet, daß hohe sittliche Grundsätze des christlich-abendländischen Denkens, wie sie traditionellerweise in England im öffentlichen Leben noch wirksam waren und sind, vor indischer Dumpfheit und Stumpfheit, vor indischem Aberglauben und Triebgeladenheit hätten abdanken müssen, z. B. in der Frage der Witwenverbrennung, der Kinderheirat und der Sklaverei — um nur die wichtigsten zu nennen. Neutralität war hier nicht möglich. So finden wir denn, daß die Witwenverbrennung 1829 durch Lord William Bentinck verboten wird, und daß dieses Ver-

⁸ Modern India and the West. A Study of the Interaction of their Civilizations, edit. by L. S. S. O'Malley, 1941, p. 90—94.

⁹ Max Webers „Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie“ Band II, Hinduismus und Buddhismus, Tübingen 1921, unterrichten bis heute unübertroffen über die Soziologie des Hinduismus.

bot sich auch relativ rasch durchsetzt. Die Denkschrift¹⁰, die Lord Bentinck über diese Frage verfaßte, ist ein gültiges Zeugnis sowohl für den hohen sittlichen Ernst dieses ausgezeichneten Politikers wie auch für die allgemeine Problematik, der sich abendländisches sittliches und rechtliches Denken in allen Kolonialgebieten gegenüber sah, als es auf magisch bestimmte Formen der Rechtsfindung, auf die gesellschaftlichen Auswirkungen entarteten Denkens stieß. Das Heiratsalter für Mädchen insbesondere wurde gesetzlich von 10 auf 12, auf 14, auf 16 Jahre heraufgesetzt. Hier war die Durchführung schwieriger, und Umgehungen kommen sicherlich noch häufig vor. Die Sklaverei wurde 1860 gesetzlich verboten.

Von größter Tragweite war ferner die Revolutionierung der alten hinduistischen und islamitischen Eigentumsverhältnisse durch die Permanent Settlement Act von 1793. Durch dieses Gesetz wurde gegen Zahlung einer für alle Zeiten festgesetzten Landessteuer eine große Klasse von Bodeneigentümern, die „Zamindars“, geschaffen, denen die Bodenbebauer von nun an ausgeliefert waren — ohne jeglichen Bauernschutz. Diese Besitzerschicht war den alten hinduistischen und islamitischen Sitten und Satzungen nicht bekannt.

In einem Punkte hielt sich die englische Politik streng neutral: in den religiösen Fragen der Hindus und Mohammedaner, der Sikhs und Christen.

Auf drei Gebieten hat die englische Herrschaft die größten Erfolge erzielt und die dankbare Anerkennung der verständigen Inder aller Schichten gefunden:

1. Auf dem Gebiet der Politik. England vermittelte aufgeschlossenen Indern die Ideen, Praktiken und Techniken der demokratisch-parlamentarischen Regierungsform. In dem Augenblick, in dem die Inder gelernt hatten, daß in diesen Ideen und Techniken das Mittel zur Erringung der eigenen Selbständigkeit liegt, hatten sie grundsätzlich gewonnen. Sie mußten nur mit Überlegung und Ruhe, nicht mit Fanatismus und Unruhe ihr Ziel ansteuern, ihre eigenen Politiker, Beamten, Sachverständigen ausbilden und sparsam mit den Beschleunigungsmitteln: Massenbewegung, Streik, Boykott usw. umgehen. Gandhi — es ist sehr schwer zu sagen, ob er mehr „heilig“ oder „raffiniert“ ist — gebrauchte mit ausgebildeter Virtuosität und mit großem Erfolg sein eigenes Leben als Beschleunigungs- und Kampfmittel, da er wußte, daß ein unruhiger lebender Gandhi der englischen Politik immer unendlich lieber ist als ein im Gefängnis oder in Freiheit an Entkräftung gestorbener Gandhi. Nehru, der jetzige Ministerpräsident Indias, verbrachte 14 Jahre im Gefängnis.

2. Auf dem Gebiete der Verwaltung und Rechtspflege. Gandhi sprach den Satz: „Justice is the one institution which the British have built up with special care.“ Kein Zweifel, daß die englische Herrschaft dem ganzen indischen Lande und seinen Völkern Jahrzehnte hindurch Frieden und Ordnung und Ruhe brachte. Vom Ende des Aufstandes von 1857 bis zu den

¹⁰ Die Denkschrift Lord Bentincks „On the Suppression of Sati“ ist abgedruckt bei Keith, vol. I, p. 208—226.

Unruhen nach dem ersten Weltkriege 1919/20 gab es keine inneren Zusammenstöße. Das Land war entwaflnet und beruhigt. Unter der „Pax Britannica“ lernte Indien den Westen besser kennen, besann es sich gleichzeitig stärker auf seine eigenen Werte und Aufgaben und bildete das am stärksten aus, was ihm vorher am meisten gefehlt hatte: das „indische Nationalgefühl“ und „Nationalbewußtsein“, das Gefühl und Bewußtsein der staatlichen und politischen Zusammengehörigkeit über alle Schichten, Klassen, Sprachen, Religionen, Berufe hinweg.

Die Verwaltung arbeitete sachlich und unbestechlich. Man muß im Interesse Indiens hoffen, daß diese Eigenschaften ihr erhalten bleiben. Der Indian Civil Service (I. C. S.) war durch seine sehr schweren Prüfungen bekannt; wer bestand, hatte allerdings auch ein wunderbares, weltweites Arbeitsgebiet vor sich. Die Zahl der englischen Beamten betrug 1930 in ganz Indien 12 000 Personen — Soldaten ausgenommen. Mit dieser kleinen Schar von Politikern und Fachleuten — jeder mußte beides sein — regierte England Indien, indem es von Anfang an in den unteren, dann in den mittleren und zuletzt auch in den oberen und höchsten Verwaltungsstellen seine Schüler heranausbildete, anlernte, in die Theorie und Praxis der Regierung und Verwaltung einweihte. Die Universitäten in England und Indien bildeten — neben Ingenieuren und Medizinern — vor allem Juristen aus, die sich z. T. als Rechtsanwälte der Politik widmeten, z. T. in die Verwaltung gingen. Von der sauberen und sachlichen Arbeit dieser Inder hängt das Gedeihen des ganzen Landes und aller Schichten im nämlichen Ausmaß ab wie von der Klugheit und Weitsicht der Politiker, von denen es manchen sehr schwer fallen wird, nach so langer „Anti“-Haltung zur positiven Arbeit zu kommen.

3. Der unvermeidliche Zusammenprall der europäischen Wirtschaft und Technik mit der indischen brachte große Verluste und große Gewinne für Indien. Das Zeitalter der Ausbeutung durch englisches Kapital ist längst vorbei. Zudem wurden die hohen Gewinne der Kolonialgesellschaften, auch der Ostindischen Company nicht so sehr zu Lasten der Inder als durch Preisüberforderungen auf dem europäisch-amerikanischen Markt erzielt. England hat Indien öffentliche Anleihen zu einem niedrigen Zinssatz gewährt. Als Mitglied des Empire genoß Indien die Vorteile der Colonial Stocks Act 1900 (und früher), die den Dominions und Kolonien infolge der besonderen Qualitäten dieser von der englischen Regierung garantierten Empire-Anleihen Kapitalien mit niedrigen Zinsen zur Verfügung stellte. Berechnungen ergaben, daß die öffentlichen Anleihen Indiens, die in England gezeichnet wurden, sich mit 3,5% im Durchschnitt verzinsten, während die Schuldner Englands, die nicht Mitglieder des Empire waren, rund 2% mehr an Zinsen im Durchschnitt zahlen mußten. Mit Hilfe des englischen Kapitals baute Indien vor allem seine Eisenbahnen und einen Teil seiner Industrie auf. 1910 waren nach Berechnungen von Paish in Indien (einschließlich Burma und Ceylon) 365,4 Mill. £ englisches Kapital investiert¹¹, vor Kriegsausbruch 1939 waren

¹¹ Journal of the Royal Statistical Society, vol. LXXIV, 1911, p. 186.

es schätzungsweise 460 Mill. £¹², während 1936 rund 376 Mill. £ öffentliche Anleihen auf englische Gläubiger entfielen¹³. Freilich hat Indien die englische Wirtschaftsmacht auch in anderer Weise zu spüren bekommen. Der Baumwollanbau begann in Indien in großem Umfange während des amerikanischen Bürgerkrieges. Lancashire bezog indische Baumwolle — neben anderer — und belieferte Indien mit Textilien. Der Aufbau einer eigenen Textilindustrie scheiterte Jahrzehnte hindurch an dem Widerstand Lancashires und Englands gegen einen mäßigen indischen Schutz Zoll als Erziehungszoll. Lord Salisburys Ausspruch von 1877, daß das Verlangen Indiens nach einem Zoll auf englische Baumwollwaren „ebenso falsch in den Grundsätzen, wie nachteilig in seinen praktischen Wirkungen und selbstmörderisch“ sei, trifft nicht ganz die Wettbewerbslage zwischen einem jungen Rohstoffland, das zur Eigenverarbeitung übergehen will, und einem alten, erfahrenen Verarbeitungs- und Händlerland. Aber schon vor dem ersten Weltkrieg wandelten sich die Verhältnisse entscheidend, weil vor allem unter wohlhabenden Indern Unternehmerinitiative wach geworden war. Als indische Kreise daran gehen wollten, auf der Grundlage der indischen Eisenerze und Kohlen eine eigene Eisen- und Stahlindustrie aufzubauen und englische Finanz- und Industriekreise ihre Mitwirkung aus Konkurrenzfurcht verweigerten, stellte der reiche Parse Tata das nötige Kapital zur Verfügung. So entstanden 1907 die Tata-Werke, welche die bedeutendsten Anlagen der indischen Schwerindustrie sind.

Indien war bis zur Weltkrise 1931/32 eines der bedeutendsten Goldeinfuhrländer, und zwar ging das Gold meistens an Privatleute, d. h. es wurde gehortet oder zu Schmuck verwandt. In den großen Gold- und Juwelschätzen, die nicht nur, wenn auch überwiegend bei den Fürsten und reichen Händlern liegen, hat Indien eine Reserve an Wirtschaftskraft von größtem Umfang. In steigendem Maße lernt der Inder wirtschaftlich modern denken: er enthortet unter dem Anreiz des seit den Währungskrisen stark gestiegenen Goldpreises, er verwandelt Gold in Güter. Nach dem 10. Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel 1940, S. 76, ist von 1931 bis 1939 Gold im Werte von rund 1424 Millionen Dollar nur aus indischem Privatbesitz auf den Weltmarkt gelangt.

Durch den zweiten Weltkrieg hat sich die oben kurz zahlenmäßig angegebene Schuldnerstellung Indiens gegenüber England gründlichst gewandelt. Indien ist — nach den Vereinigten Staaten — der zweitgrößte Gläubiger Englands. Bei den Verhandlungen über das Stillhalteabkommen der indischen Gläubiger mit den englischen Schuldnern im August 1947 wurde ermittelt, daß bei der indischen Zentralnotenbank Sterling-Pfund-Guthaben in Höhe von 1160 Millionen £ stehen, wozu noch weitere 30 Mill. £ bei Privatbanken kommen. England schuldet Indien netto fast 1,2 Milliarden £, da ja während des Weltkrieges die indischen Schulden an England bereits ab-

¹² Albert Viton: *Great Britain. An Empire in Transition*. 1940, p. 156.

¹³ Friedrich Whyte: *India*, London 1942, p. 58.

gelöst wurden. Kein Wunder, wenn man nicht selten in englischen Zeitungen liest, daß indische Finanziers England bereisen, Fabriken besichtigen, Unterhandlungen führen — um indisches Kapital in englischen Auto-, Flugzeug-, Maschinenfabriken u. ä. anzulegen.

Die ungeheure Verschiebung in den wirtschaftlichen Kräften, wie sie die obigen Ziffern ausdrücken, konnte naturgemäß nicht ohne Rückwirkung auf der politischen Ebene sein. Ein Schuldner großen Stiles kann nicht gleichzeitig „politischer Gläubiger“ sein. England zieht aber auch aus dieser seiner Schuldnerlage einen Gewinn — er wäre allerdings größer, wenn es in seiner gegenwärtigen Pfund-Krise seine indischen Guthaben noch besäße; der Gläubiger Indiens ist an dem wirtschaftlichen Gesundheitszustand seines Schuldners stärkstens interessiert und wird alles tun, bzw. tun müssen, um dem Krisenpatienten zu helfen.

Wir übergehen die gesamte Entwicklung der politischen und verfassungsrechtlichen Probleme und Lösungen zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg. Vizekönig Irwin (jetzt Lord Halifax), der Simon-Bericht — seine Bände sind eine Fundgrube ersten Ranges —, die beiden Round-Table-Konferenzen in London 1930 und 1931, der Besuch Gandhis in London zur zweiten dieser Konferenzen, das Abkommen Irwin-Gandhi vom März 1931, die India Act 1935, welche in allen Provinzen von Britisch-Indien parlamentarische Regierung und eine Bundesregierung brachte, die allerdings nicht für Außenpolitik und Verteidigung zuständig war, sind die Marksteine.

Die Teilnahme Indiens am Weltkrieg 1939 war kein Problem: „India is at war with the King's enemies when the King is at war.“ Die ersten Siege der Japaner, der Fall von Singapur, der Verlust Burmas und des gesamten holländischen Kolonialreiches, das Erscheinen der Japaner an der indischen Grenze führte zu sehr ernststen Spannungen und Unruhen in Indien. Doch wurde die Lage mit Glück und Kaltblütigkeit gemeistert, und Indien wurde kein Hexenkessel. Gandhis „Quit-India“-Resolution von 1942 zeigte ihn auf einem Tiefpunkt seiner politischen Klugheit, Weitsicht und Taktik.

Churchill hatte Sir Stafford Cripps nach Indien geschickt mit dem Angebot: Dominionstatut für Indien sobald als möglich nach dem Kriege. Eine Einigung mit den indischen Parteiführern kam nicht zustande. Weder die Kongreßpartei noch die Moslem-Liga beteiligten sich an den Kriegskabinetten. Feldmarschall Wavell wurde 1943 Vizekönig und General Auchinleck oberster Befehlshaber. Das indische Heer, das 1939 aus 57 000 englischen Soldaten, 157 000 Indern und 40 000 Soldaten in den Fürstenstaaten bestand, wuchs 1945 auf 2,5 Millionen ausgesuchter Inder. Die Kapitulation Japans machte den vollen Einsatz der indischen Armee gegen Singapur, Java, Sumatra usw. nicht notwendig, nachdem vorher die Japaner in Burma einfach überfahren worden waren.

Die Labour-Regierung unter Attlee sah es als eine ihrer imperialen Hauptaufgaben an, die indische Frage zu lösen. Die vollständige Niederlage Japans hatte gewiß das Ansehen Englands in ganz Asien wieder sehr stark gehoben,

aber noch stärker war durch den zweiten Weltkrieg das Unabhängigkeitsbewußtsein und das Nationalbewußtsein aller unabhängigen asiatischen Völker gestiegen. England stand zu seinem Worte: Dominion-Statut.

Wie aber sollte die Verwirklichung sein? In der Zwischenzeit hatte sich gezeigt, daß die Kongreßpartei und die Moslemliga sich in der Zielsetzung auseinanderbewegt hatten, und daß ferner für die Extremisten in beiden indischen Lagern das Dominionstatut längst überholt war, und daß sie sofortige vollständige Unabhängigkeit forderten.

Jinnah erhob mit unbeugsamer Hartnäckigkeit die Forderung auf Teilung. Die 1946 nur von Indern gebildete Übergangsregierung Pandit Nehru sowie die Verfassungsgebende Nationalversammlung wurden von der Moslemliga nicht anerkannt. England beharrte auf seinem Standpunkt, solange in Indien zu bleiben, bis die beiden Parteien sich zusammengerauft hätten. Das bedeutet aber, daß der islamische Groll sich mehr und mehr gegen England wandte, weil es an seiner Einheitsthese festhielt und somit die Kongreßpartei unterstützte.

Nun setzte mit ungeheurer Elastizität eine bewundernswerte englische Politik ein: Mitte Februar 1947 erklärte die englische Regierung, daß sie sich im Juni 1948 aus Indien zurückziehen würde ohne Rücksicht darauf, wie weit Hindus und Moslems sich geeinigt hätten. Churchill sprach sich sehr heftig gegen diese Festlegung aus, Lord Halifax — ebenfalls Konservativer — unterstützte in einer sehr staatsmännischen Rede im Oberhause die Regierung. Vizekönig Wavell wurde abberufen. Mountbatten sein Nachfolger. Der Kessel begann zu brodeln. Mountbatten machte Bestandsaufnahme mit dem Ergebnis: keine Einigung möglich, also möglichst bald Teilung und Abzug der Engländer. London, die Kongreßpartei, Moslemliga stimmten zu, Churchill und Amery — der Indienminister während des Krieges — billigten die neuen Vorschläge auf Grund der schnell sich zuspitzenden Lage. Mountbatten hatte das Vertrauen aller gewonnen. Die Festsetzung des 15. August als Stichtag zwang dann alle zur raschen Arbeit. Die letzte und kürzeste India-Bill wurde im Ober- und Unterhaus fast einstimmig angenommen, India und Pakistan¹⁴ entstanden. 250 Millionen Hindus, 90 Millionen Mohammedaner bauen nun ihren Staat auf und aus. Ein islamischer Großstaat ist entstanden — von Marokko, Ägypten, Arabien und dem Irak aus schauen die Mohammedaner auf den neuen Islam-Staat.

Werden Pandit Nehru und Jinnah eine Einigungsformel und -form finden, ehe sich die Dominions auseinanderleben?

Die Riesenaufgaben, die jetzt den Indern aller Religionen, Sprachen, Stämme und Parteien gestellt sind, kann man am besten mit folgenden Angaben anzeigen:

¹⁴ Pakistan ist als zugkräftige Abkürzung von einem Inder Chandhuri Rahmat Ali gebildet worden zur Kennzeichnung der Einheit der überwiegend von Moslems bewohnten Nordwestprovinzen und setzt sich zusammen aus: „P“ für Punjab, „A“ für Afgan Frontier (den Grenzbezirk), „K“ für Kashmir und „istan“ für Land.

1. 1939 wurden rund 6165 000 Todesfälle amtlich gemeldet. Davon entfielen auf Cholera 111 324, Pest 27 830, Fieber (überwiegend Malaria) 3 618 017. Das Durchschnittsalter eines Inders betrug vor dem zweiten Weltkrieg rund 23½ Jahre; in Deutschland lag im Durchschnitt der Jahre 1932 bis 1934 die Lebenserwartung für einen neugeborenen Knaben bei 59,86 Jahren und für ein neugeborenes Mädchen bei 65,81 Jahren.

2. 1941 konnten in ganz Indien 12,2 % der Bevölkerung lesen und schreiben; 1931 waren es 6,9 %.

3. Indien ist ein Bauernland. In rund 750 000 Dörfern wohnt der größte Teil der Bevölkerung. Die Bauern sind zu höchsten Zinsen mit über 650 Mill. Pfund verschuldet — nicht an Engländer. Beinahe 100 Millionen acres nicht bebauten, aber kulturfähigen Landes harren der Erschließung, vor allem auch durch Bewässerung.

Hier liegen die wichtigsten Aufgaben der Inder: Förderung der Gesundheit, Förderung der Schulbildung, Förderung der Landwirtschaft.

Der englische „Raj“ ist abgezogen. Möge an der Stelle der „Pax Britannica“ recht bald ein allindischer Friede und eine allindische Zusammenarbeit dem indischen Denken und der indischen Arbeit geschenkt sein.

Nach dem Versagen Chinas und dem Zusammenbruch Japans schauen die asiatischen Völker jetzt am meisten nach Indien, das aufsteigt, und auf England, das seinen früheren Untertan, seinen späteren Schüler jetzt als gleichberechtigtes Mitglied im Commonwealth of Nations anerkennt und ihm bei der Feier der Großjährigkeit die Freiheit gibt, denjenigen Weg einzuschlagen, den die Völker selbst wählen.

(Abgeschlossen 31. August 1947.)

Blinde Freiheit

Zu einem Stück von Sartre

Von WERNER BARZEL S. J.

Im Sommer dieses Jahres wurde das deutsche Publikum durch das Gastspiel einer französischen Gruppe zum ersten Mal mit einem der Dramen des Existentialisten Jean-Paul Sartre bekannt gemacht. Man zeigte die „Fliegen“ und erregte damit soviel Aufmerksamkeit, daß verschiedene deutsche Bühnen das Stück in ihren Spielplan aufnehmen wollen. Es sind der Probleme viele, die sich aus diesem Stücke ergeben. Wir wollen hier nur einiges Grundsätzliche erörtern¹.

Die Fabel des Dramas ist alt: Orest, der als Kind aus der Heimat weggeschafft wurde, nachdem Ägisth seinen Vater Agamemnon ermordet und seine Mutter Klytämnestra geheiratet hatte, kehrt erwachsen nach Argos zurück und nimmt zusammen mit seiner Schwester Elektra blutige Rache an Ägisth und der Mutter. Zur Strafe für den Frevel des Muttermordes verfällt er den Erinnyen.

¹ Deutsche Übersetzung von Gritta Baerlocher in „Die Quelle“ (Konstanz), Heft 2, S. 129.